

**Rede  
von**

**Philipp Meyn, MdL**

zu TOP Nr. 34

Erste Beratung

**Reform der Einführungsphase der gymnasialen  
Oberstufe stoppen - politische Bildung stärken -  
Allgemeinbildung sichern!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/9904

während der Plenarsitzung vom 05.03.2026  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die hier zur Debatte stehende Oberstufenreform bietet vielerlei Anlass zur Kritik. Ich will mich heute noch mal auf die Änderungen im Jahrgang 11 konzentrieren.

Der CDU-Antrag führt an dieser Stelle etliche Kritikpunkte zur geplanten Oberstufenreform von SPD und Grünen auf. Das ist auch richtig. Denn das, was Rot-Grün hier plant, ist eine faktische Entwertung der Einführungsphase. Der Jahrgang 11 soll nach den Vorstellungen der Landesregierung kein eigenständiges Bildungsjahr mehr sein, sondern ein organisatorisches Übergangsjahr mit reduzierten Pflichtstunden, früher Spezialisierung und einer Verschiebung zentraler Bildungsinhalte in unverbindliche Querschnitte. Und das ist eben doch entscheidend, Herr Mennen: Unverbindliche Querschnitte stellen halt nicht sicher, dass Schüler hinterher bestimmte Fähigkeiten haben. Das ist kein Fortschritt, das ist Bildungsabbau mit neuem Etikett.

Rot-Grün entkernt den Jahrgang 11 in dreifacher Hinsicht. Erstens. Allgemeinbildung wird zurückgedrängt. Statt eines breiten Bildungsfundaments werden Schülerinnen und Schüler früh auf Profile fest-gelegt. Zweitens. Dadurch geht Vergleichbarkeit verloren. Wenn der Jahrgang 11 seine klare Struktur verliert, verliert auch das Abitur an Transparenz und an Anschlussfähigkeit, gerade im bundesweiten Vergleich.

Drittens. Demokratiebildung wird geschwächt. Politik und Wirtschaft sollen nun nicht mehr verbindlich unterrichtet werden, sondern ebenfalls in eine Querschnittslogik aufgelöst werden. Wer Demokratiebildung aber ernst meint, darf sie nicht curricular verdünnen. Vor diesem Hintergrund ist es auch richtig, dass die CDU diese Reform kritisiert.

Sie benennen zutreffend die Entwertung der Einführungsphase und den Verlust an Allgemeinbildung, und das teilen wir ausdrücklich. Das Problem des CDU-Antrags - das haben Sie ja selber auch gerade gesagt - besteht darin, dass er bei der Kritik stehen bleibt. Er fordert zwar ein Stoppsignal und ein neues Konzept, sagt aber nicht, wie der Jahrgang 11 künftig gestaltet werden könnte. Was soll dabei herauskommen? Ein Übergangsjahr, ein Durchgangsjahr oder eben doch weiterhin ein eigenständiges Bildungsjahr mit klarer Funktion?

Für uns ist das klar und eindeutig: Der Jahrgang 11 ist ein eigenständiges Bildungsjahr - ein Jahr, das die Allgemeinbildung sichert, Orientierung ermöglicht und die Grundlage für Studierfähigkeit bietet.

Wer diese Funktionen nicht ausdrücklich festschreibt, der macht die Oberstufe insgesamt beliebig. Besonders deutlich wird das bei der politischen Bildung.

Ich beende hiermit meine Rede; ich habe keine Zeit mehr. Schauen wir mal, ob wir diese und auch andere Fragen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe im Ausschuss beantwortet bekommen.